Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 76 (2005)
Heft: 9

Artikel: Politik - für wen?
Autor: Heberlein, Trix
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-805263

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Kolumnistin ist frei in der Wahl der Themen. Der Inhalt muss nicht zwingend mit den Verbandsinteressen übereinstimmen.

Politik – für wen?

■ Trix Heberlein

Unserem Land geht es nach wie vor gut. Aber wir verlieren Arbeitsplätze, und es steht schlecht um die Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Bund zahlt monatlich Schuldzinsen, die so hoch sind wie der gesamte Betrag, den wir für die Bildung in unserem Land ausgeben.
Ist das sinnvoll? Unsere Konkurrenz im Ausland schläft nicht. Unsere Schulen stehen nicht mehr an der Spitze, das wissen wir spätestens seit der Pisa-Studie. Als Land, das über keine Rohstoffe verfügt und das aufgrund der hohen Löhne und Lebenskosten auf vielen Gebieten nicht konkurrenzfähig ist, müssen wir der Qualität der Ausbildung Sorge tragen.

Die asiatischen Länder steigern alle ihre Ausgaben für Aus- und Weiterbildung in zweistelligen Prozentzahlen. Sie investieren in die Forschung, vor allem in Biotechnologie, Gentechnologie und Medizin. Hier versprechen sie sich Linderung bei zahlreichen Krankheiten, für die wir heute noch keine Medikamente haben und bei welchen eine Früherkennung schwierig ist.
Ich denke an Alzheimer, an multiple Sklerose aber auch an verschiedene Krebserkrankungen.
In unsere Zukunft investieren – in Forschung und Ausbildung – ist essenziell für eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft. Die Mittel des Staates und der Steuerzahler sind jedoch begrenzt. Der Kuchen, der zu verteilen ist, wird nicht grösser – eher kleiner. Woher also sollen wir die nötigen Mittel nehmen? Niemand spart gerne und schon gar nicht, wenn er weniger erhalten soll als vorher. Dies mussten wir im Parlament bei den beiden verabschiedeten Entlastungsprogrammen für die Bundesfinanzen erfahren. Trotzdem müssen wir bei der Bildung eher mehr investieren als sparen.

FDP-Ständerätin (ZH) Trix Heberlein

Bleiben die Sozialkosten, die in den letzten Jahren explosiv angestiegen sind. Heute machen sie bereits 29 Prozent der Ausgaben aus. Geht die Entwicklung so weiter, sind es 2020 bereits 35 Prozent. Die Last wird auf den dann Erwerbstätigen liegen. Und deren Zahl nimmt ab. Im Jahre 2025 werden zwei bis drei Erwerbstätige eine AHV-Rente finanzieren müssen. Bei der Schaffung der AHV waren es sieben. Damit belasten wir junge Familien immer stärker.
Wir müssen einsehen, dass die in fetten Zeiten ausgebauten Leistungen so nicht mehr aufrechterhalten und schon gar nicht ausgebaut werden können. Eine notwendige Anpassung ist die Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann auf 65. Wir können uns auch fragen, ob nicht eine dreijährliche Teuerungsanpassung zumutbar ist statt alle zwei Jahre – oder eine Anpassung erst bei einer Teuerungsrate von fünf Prozent. Und benötigen auch kinderlose Witwen wirklich eine Rente, während den Witwern eine solche verweigert wird? Korrekturen sind auch in der Invalidenversicherung unumgänglich. Ebenso ist bei den Leistungen der Krankenversicherung ein strenger Massstab anzusetzen. Wir dürfen den zukünftigen Generationen die Zukunft nicht verbauen, indem sie unsere Schulden tilgen müssen.

Und noch ein Letztes: Wollen wir in unserem Land für unsere Jungen eine Zukunft haben, dürfen wir uns nicht einigeln. Wir haben vor einigen Jahren Ja gesagt zur Freizügigkeit im Personenverkehr mit den europäischen Ländern. Unsere Jungen können gleichberechtigt im Ausland studieren. Sie können sich dort weiterbilden oder ihren Beruf ausüben. Auch die Bürger aus den europäischen Ländern haben diese Freiheiten in unserem Land. Wir alle haben davon profitiert. Jetzt gilt es Ja zu sagen, dass auch die Bürger der neuen EU-Staaten von diesen Möglichkeiten profitieren können. Sie gehören gleichberechtigt dazu.
Niemand kann akzeptieren, dass sie schlechter behandelt werden als die «alten» EU-Mitglieder.
Wir brauchen Impulse von aussen. Wir müssen aber auch die Möglichkeit haben, uns zu informieren, auszubilden oder geschäftliche Beziehungen zu pflegen mit diesen Ländern. Nur wenn es unserem Land gelingt, wieder zu wachsen, können wir unsere sozialen Verpflichtungen finanzieren und Geld in die Zukunft unserer jungen Leute investieren statt in Schuldentilgung. ■